

Carmen Thiele Stadtverordnete DIE LINKE.im Römer

Sehr geehrter Herr Centner,

die Beantwortung ihrer Fragen ist nicht ganz einfach für ein Mitglied einer Oppositionspartei.

Die Frage der Flugrouten hat bisher im Stadtparlament keinen besonderen Stellenwert gehabt, leider.

Ob die Bürger über die neuen Flugrouten informiert wurden, kann ich leider nicht sagen, das könnte Ihnen sicherlich der Magistrat der Stadt Frankfurt, bzw. das Umweltamt beantworten.

Die Flugrouten selbst werden, soweit ich weiß, zwischen den verschiedenen Fluglärmkommissionen, der Deutschen Flugsicherung und der Fraport AG verhandelt und werden dann von der Bundesluftfahrtbehörde akzeptiert bzw. genehmigt.

Meines Wissens, haben der/die Vertreter der Stadt Frankfurt, als mögliche Mitglieder in den Fluglärmkommissionen in diesen Verhandlungen keine besondere Rolle gespielt, d. h., die Interessen der Bürger nicht besonders lautstark vertreten. Sicherlich bleiben die jeweils ausgehandelten Flugrouten so lange bestehen, bis seitens der Bürger, einer Bürgerinitiative oder einer Stadt dagegen Klage eingereicht wird. Über die rechtl. Grundlagen dazu kann ihnen ein Anwalt sicher mehr sagen.

Die Flugrouten wurden im Stadtparlament nicht abgestimmt.

Das Thema Lärm hat bisher bei uns einen großen Stellenwert eingenommen. Wir haben den Ausbau des Frankfurter Flughafens abgelehnt, aus Lärmschutzgründen, Gründen der Schadstoffbelastung der Region, des Tier- und Landschaftsschutzes, und aus Gründen der Zerstörung eines jetzt schon extrem kranken Waldes und damit natürlich auch aus Klimaschutzgründen. Die von vielen erwartenden Vorteile in wirtschaftlicher Hinsicht werden nach unserer Ansicht nicht eintreten. Außerdem wird gerade in Dubai der weltgrößte Flughafen gebaut, der ein neues Drehkreuz für interkontinentale Flüge sein wird und die Position des Frankfurter Flughafens verändern wird.

In Frankfurt haben wir seit Jahren als Erste den Deckel auf der A661 gefordert, gerade weil uns bewusst war, wie wichtig der Schutz der Betroffenen vor krankmachendem Lärm ist. Inzwischen haben nach langem Kampf und offensichtlich auch auf Druck der Bürger, die beiden Regierungsparteien diese Idee ebenfalls aufgenommen.